

Delegationsreise
des Ausschusses für
Menschenrechte und Humanitäre Hilfe
vom 11. – 20. Mai 2004
nach Botswana und Mosambik

Reisebericht
der Abgeordneten
Brigitte Wimmer (SPD)
Arnold Vaatz (CDU)

Teilnehmer

Frau Brigitte Wimmer, MdB, SPD-Fraktion

Herr Arnold Vaatz, MdB, CDU/CSU-Fraktion

Grund der Reise

Information

- zur Menschenrechtssituation in Simbabwe und Mosambik
- zur Krise der Demokratie in Simbabwe, ihrer Auswirkung auf die Nachbarstaaten und den Möglichkeiten ihrer Eindämmung

Vorbemerkung

Die Delegationsreise wurde anders durchgeführt, als ursprünglich geplant. Die Delegation hatte die Absicht, die Länder Simbabwe und Mosambik zu bereisen. Trotz massiver Intervention des Auswärtigen Amtes (u.a. Einbestellung der Botschafterin Simbawes), verweigerte Simbabwe ihr vier Tage vor dem geplanten Reiseantritt die Einreisevisa.

Daraufhin wurde kurzfristig anstelle des Simbabwe- ein Botswana-Aufenthalt geplant und realisiert, in der Absicht

- die Auswirkungen der Krise Simbawes auf das Nachbarland zu untersuchen und
- sich dort mit Oppositionspolitikern aus Simbabwe zu treffen.

Dass dies realisiert werden konnte, ist der exzellenten Arbeit und der enormen Einsatzbereitschaft der deutschen Botschaft in Gaborone unter Leitung ihres Botschafters Herrn Dr. von Bothmer zu verdanken. Diesem gelang es, trotz minimaler Vorbereitungszeit von nur wenigen Stunden, ein sehr informatives Programm anzubieten.

Das Mosambik-Programm blieb davon unberührt. Auch hier danken wir dem in Mosambik akkreditierten Botschafter Herrn Dr. Klemm für eine äußerst sorgfältige Vorbereitung des Besuches, stets kompetente Beratung, enorme Einsatzbereitschaft und eine stets für uns nutzbare umfassende Detailkenntnis der politischen Zusammenhänge.

Botswana

Die Delegation wurde bei den Terminen entweder von Herrn Botschafter Dr. von Bothmer oder vom StV Herrn Dr. Nitschke begleitet.

Nr.	Tag/Zeit	Ort	Inhalt
1.	Di., 11.05., nachmittags		Briefing zur Situation im südlichen Afrika durch Herrn Botschafter Dr. v. Bothmer.
2.	Di., 11.05., abends	Gaborone, Residenz des dt. Botschafters	Essen mit dem Vertreter der Friedrich-Ebert-Stiftung in Gaborone, Herrn Meinardus, auf Einladung des Herrn Botschafters Dr. v. Bothmer.
3.	Mi., 12.05., morgens	Gaborone-Francistown	Flug
4.	Mi., 12.05., vormittags	Francistown	Treffen mit der Distriktsgouverneurin von Francistown
5.	Mi., 12.05., vormittags	40 km östl. Francistown	Besichtigung der Grenzübergangsstelle nach Simbabwe
6.	Mi., 12.05., nachmittags	Francistown	Besichtigung des Detention Camp Francistown
7.	Mi., 12.05., nachmittags	Dukwe (120 km nwl. Francistown)	Besichtigung eines Flüchtlingslagers
8.	Mi., 12.05., abends	Francistown-Gaborone	Flug
9.	Mi., 12.05., abends	Gaborone, Hotel Sun	Abendessen mit Kollegen aus Simbabwe
10.	Do., 13.05., vormittags	Gaborone, dt. Botschaft	Gespräch mit der Vorsitzenden der MR-NRO „Ditshwanelo“ Alice Mogwe
11.	Do., 13.05., nachmittags	Gaborone	Gespräch mit simbabwischen Journalisten im botswanischen Exil
12.	Do., 13.05., abends	Gaborone	Abendessen mit in Botswana tätigen deutschen Staatsbürgern auf deren Einladung
13.	Fr., 14.05., morgens	Gaborone-Johannesburg	Flug
14.	Fr., 14.05., vormittags	Johannesburg	Pressekonferenz mit südafrikanischen Journalisten
15.	Fr., 14.05., nachmittags	Johannesburg-Maputo	Flug

Mosambik

Die Delegation wurde bei allen Terminen entweder von Herrn Botschafter Dr. Klemm oder Herrn Botschaftsrat Bloos begleitet.

Nr.	Tag/Zeit	Ort	Inhalt
16.	Fr., 14.05., nachmittags	Maputo, Residenz des Botschafters	Briefing zur Situation in Mosambik durch Herrn Botschafter Dr. Klemm
17.	Fr., 14.05., abends	Maputo-Beira	Flug in Begleitung von Herrn Botschafter Dr. Klemm, Herrn Pater Prof. Filipe José Couto und Herrn Dr. Markgraf von der KAS
18.	Sa., 15.05., morgens	Beira, Rathaus	Gespräch mit dem Beigeordneten Herrn Machela
19.	Sa., 15.05., vormittags	Beira, Residenz des Gouverneurs	Gouverneur der Provinz Sofala Herr Felicio Pedro Zacarias
20.	Sa., 15.05., mittags	Beira	Essen mit Angestellten von Hilfsorganisationen, deutschen Ärzten und Unternehmern aus Deutschland u. Simbabwe
21.	Sa., 15.05., nachmittags	Beira-Chimoio	Autofahrt ca. 300 km
22.	Sa., 15.05., abends	Chimoio	Besichtigung eines Jugendkleinstprojektes der dt. Botschaft Praca de Touro (Stadion)
23.	Sa., 15.05., abends	Chimoio	Abendessen mit dt. Entwicklungshelfern, Missionaren und Unternehmern
24.	So., 16.05., vormittags	Chimoio, GTZ-Büro	Treffen mit Farmern aus der Provinz Manica, darunter enteigneten aus Simbabwe.
25.	So., 16.05., vormittags	Chimoio, NRO LeMuSiCa	Besichtigung eines Projektes zum Schutz von Frauen- und Mädchenrechten
26.	So., 16.05., mittags	Chimoio	Mittagessen mit Vertretern der Provinz-Administration, Manica
27.	So., 16.05., nachmittags	Chimoio-Beira	Autofahrt
28.	So., 16.05., abends	Beira-Nampula	Flug
29.	Mo., 17.05., vormittags	Nampula	Gouverneur der Provinz Nampula Herr Abdul Razak
30.	Mo., 17.05., vormittags	Nampula	Konferenz der Konrad-Adenauer-CEPKA „Rechtsstaatlichkeit in Mosambik“

31.	Mo., 17.05.,nachmittags	Nampula-Maputo	Flug
32.	Di., 18.05., morgens	Maputo	Conselho Cristao, Generalsekretär Matsolo
33.	Di., 18.05., vormittag	Maputo	Etica Mosambik Executivdirektor Dr. Alberto da Barca
34.	Di., 18.05., vormittags	Maputo	Afonso Dhlakama, Präsident der RENAMO
35.	Di., 18.05., vormittags	Maputo	Besuch im deutsch-mosambikanischen Kulturzentrum ICMA
36.	Di., 18.05., nachmittags	Machava	Besichtigung des Gefängnisses Machava Civil
37.	Di., 18.05., nachmittags	Machava	Besichtigung des Hochsicherheits- gefängnisses Machava in Begleitung des Sprechers des Innenministeriums
38.	Di., 18.05., abends	Maputo, Residenz des Botschafters	Empfang auf Einladung von Herrn Botschafter Dr. Klemm
39.	Mi., 19.05., morgens	Maputo	Vorsitzende der Liga der Menschenrechte, Frau Maria Alice Mabote
40.	Mi., 19.05., vormittags	Maputo	Generalstaatsanwalt Herr Joaquim Madeira
41.	Mi., 19.05., vormittags	Maputo	Rechtsausschuss des Parlaments von Mosambik
42.	Mi., 19.05., mittags	Maputo	Mittagessen auf Einladung von Herrn Botschafter Dr. Klemm mit Frau Nina Berg, Witwe des ermordeten Journalisten Carlos Cardoso.
43.	Mi., 19.05., nachmittags	Maputo	Projekt Community Policing in einem Vorort von Maputo
44.	Do., 20.05., morgens	Maputo	Justizminister Herr José Ibrahimo Abudo
45.	Do., 20.05., vormittags	Maputo	Außenminister Herr Leonardo Simao
46.	Do., 20.05., vormittags	Maputo	Herr Salomao Moyana, Chefredakteur der Zeitung „Zambeze“
47.	Do., 20.05., vormittags	Maputo	Forum da Divida, Generaldirektorin Frau Eufrigina dos Reis Manoela
48.	Do., 20.05., mittags	Maputo	Mittagessen auf Einladung von Herrn Botschaftsrat Bloos
49.	Do., 20.05.-Mi., 21.05.	Maputo-Frankfurt	Flug

Anmerkungen zu den Einzelterminen

Botswana

Dienstag, 11. Mai, Gaborone

Briefing durch Botschafter Dr. von Bothmer

Herr Botschafter Dr. von Bothmer hatte Unterlagen über Botswana für uns vorbereitet und wies unter anderem auf drei Punkte besonders hin:

1. Es besteht anhaltende Besorgnis über die Entwicklung der HIV/AIDS – Situation im südlichen Afrika. Botswana gilt als das am schwersten von der Krankheit betroffene Land der Welt. Allerdings sei hinzuzufügen, dass – soweit Nachbarländer im südlichen Afrika geringere Zahlen melden – dies auch an einem gänzlich unzureichenden statistischen Erfassungssystem in diesen Ländern liegen könne, wohingegen Botswana über ein relativ leistungsfähiges Gesundheitswesen verfüge und statistisch relativ genau arbeite.
2. Die Flüchtlingsprobleme im Zusammenhang mit der Staatskrise in Simbabwe haben bisher kein krisenhaftes Ausmaß. Es gibt eine hohe Zahl von legalen Pendlern und regelmäßige Rückführungen von illegalen Immigranten aus Simbabwe. Allerdings nimmt nach Aussagen des Botschafters die Ausländerfeindlichkeit in Botswana zu, da man die simbabwische Konkurrenz auf dem botswanischen Arbeitsmarkt fürchtet und zudem simbabwische Immigranten oft besser qualifiziert seien als Botswaner.
3. Die Gefahr, dass durch gut gemeinte Versuche aus Europa in Simbabwe gerade erst die Argumente für eine weitere Verschärfung der Diktatur geliefert werden könnten, beurteilt der Botschafter als hoch. Er weist auf die völlig ungebrochene Popularität Präsident Mugabes in den afrikanischen Nachbarstaaten hin. Er warnt vor Hoffnungen, dass Beiträge von Nachbarstaaten zu einem Regimewechsel in Simbabwe führen könnten.

Mittwoch, 12. Mai, Francistown

Grenzübergang zu Simbabwe

Die Grenze nach Simbabwe ist von botswanischer Seite aus mit ca. drei Meter hohen Drahtzäunen älteren Baujahres gesichert. Seine Existenz wird mit der Notwendigkeit begründet, Tieren den Grenzübertritt zu verwehren, um ein Übergreifen der Maul- und Klauenseuche auf botswanisches Gebiet zu verhindern. Diesem Zweck dienen die Zäune offenbar auch. Isolatoren deuten auf anliegenden Starkstrom hin oder täuschen ihn zumindest vor. Auf die Grenzanlagen folgt ein etwa zwei Kilometer breiter Gürtel „Niemandland“, bevor die simbabwischen Grenzanlagen beginnen. Zwischen den Grenzanlagen herrscht spärlicher Fußgänger- und Autoverkehr. An den Passkontrollstellen ist der Andrang von Simbabweern (ca. 20 m lange Schlange) wesentlich stärker als der von Botswanaern. Die von uns Befragten erklärten, an den Grenzen korrekt behandelt worden zu sein.

Gespräch mit der Leitung der Übergangsstelle:

Der Pendlerverkehr beträgt pro Monat an dieser Stelle etwa 30-40 Tausend. Der sehr offene und zugängliche Leiter der Grenze ließ die Delegation ohne große Formalitäten ins Niemandland fahren, wo der z. Zt. ca. 5 km lange elektrische Grenzzaun besichtigt werden konnte. Im Einwanderungsbüro konnten dann die offiziellen Abschiebungen von Illegalen aus Simbabwe eingesehen werden:

Jahr 2002: 4.091 (ca. 12/Tag)

Jahr 2003: 13.613 (ca. 38/Tag)

Jan. - März 2003: 4288 (ca. 48/Tag)

Jan. - März 2004: 4.915 (ca. 55/Tag)

Der Anstieg der Abschiebungen im ersten Quartal 2004 im Vergleich zu 2003 ist u.a. darauf zurückzuführen, dass Polizei und Militär ab 2004 regelmäßig Razzien durchführen und gezielt mehr Illegale aufgreifen.

Gespräch mit dem Leiter des UNHCR

In einem Briefing gab der UNHCR-Leiter, Benny Otim, seine Sicht des Flüchtlingsproblems wieder:

- Der elektrische Zaun dient zur Abwehr von illegalen Flüchtlingen, ist aber wenig effektiv, da es aufgrund der verwandtschaftlichen Beziehungen beiderseits der Grenze immer wieder zum Abstellen des Stromes kommt.

- Die offiziellen Abschiebungszahlen geben das Flüchtlingsproblem nur unzureichend wieder. Nach seinen Erkenntnissen kamen im Januar 2004 pro Tag ca. 200 Simbabwe – illegal – über die Grenze, d. h. im Monat ca. 6.000. Ein Teil sei legal eingereist, aber nach Ablauf der Aufenthaltsdauer im Land verblieben, andere seien über die „grüne“ Grenze gekommen. Die Differenz zu den offiziellen Abschiebungszahlen kommt u. a. dadurch zustande, dass illegale Flüchtlinge direkt, ohne Formalitäten (damit auch keine Aufnahme in der Abschiebestatistik), zurück nach ZWE gebracht werden.
- Die meisten Flüchtlinge seien Wirtschaftsflüchtlinge.
- Asylanträge werden u. a. nicht gestellt, da Flüchtlinge befürchten, nicht mehr nach ZWE zurückreisen zu dürfen.
- MDC-Mitglieder möchten Asyl beantragen, befürchten aber die langwierige Prozedur (u. a. nach Asylantrag, Verhör durch die Geheimpolizei und anschließend ca. 2jähriger Aufenthalt im Internierungslager bis zur Entscheidung). Bei Asylgewährung darf keine politische Tätigkeit ausgeübt werden unter Androhung einer sofortigen Abschiebung. MDC-Mitglieder nutzen aber illegalen Aufenthalt zur Sammlung von Spendengeldern und werden von MDC-Zentrale auch aufgefordert, nach Simbabwe zurückzukehren um die Partei nicht zu schwächen.

Besichtigung des Detention Camp's

Das Detention Camp Francistown befindet sich einige Kilometer außerhalb der Stadt. Es dient als Internierungslager u.a. für illegal in Botswana lebende Ausländer. Das Gelände ist riesig (ca. 500m im Quadrat) mit mehreren voneinander abgegrenzten Bereichen. Die Anlage ist neu. Der innere Bereich ist mit ca. vier bis fünf Meter hohen Streckmetall-Stahldraht Konstruktionen abgesichert. Das Wachregime wirkt professionell. Im Führungsgebäude wurden wir von dem Leiter der Einrichtung und einen Zivilisten empfangen und führten dann ein kurzes Gespräch in dessen Dienstraum, dem insgesamt acht mit Hartgummischlagstöcken bewaffnete Bedienstete beiwohnten. Dies wäre vermutlich unsere Eskorte gewesen, wenn wir um eine Besichtigung des Gefangenenbereiches gebeten hätten, was wir aber aus Zeitmangel unterlassen mussten.

Besichtigung des Flüchtlingslagers Dukwe

Das Lager Dukwe (ca. 120 nordwestlich von Francistown) ist eine dürftig ausgestattete Wohnsiedlung für Asylanten, die eine Aufenthaltsgenehmigung in Botswana besitzen, nicht jedoch eingebürgert sind. Dort leben etwa 2.900 Menschen. Mit Mitteln diverser Hilfsorganisationen konnten teilweise bescheidene feste Unterkünfte gebaut werden. Sehr viele Bewohner leben allerdings in improvisierten Elendsquartieren. Etwa die Hälfte ist jünger als 15 Jahre. Sie kommen vorwiegend aus Somalia, Uganda, Ruanda, Burundi, Angola und aus dem Caprivi-Zipfel (Namibia). Ihre Verweildauer ist unbegrenzt. Viele von ihnen leben seit mehreren Jahren dort – ohne Aussicht auf Veränderungen. Sie fordern von der botswanischen Regierung Staatsbürgerschaft und Gleichberechtigung. Von unserem Besuch hatten sie sich die Möglichkeit versprochen, ausführlich ihre Lage schildern zu können. Dazu waren wir aufgrund des Flugtermins nicht in der Lage, was erhebliches Unbehagen auslöste. Flüchtlinge aus Simbabwe leben dort nicht, da für sie und alle neu gefassten Flüchtlinge das neue Internierungslager in Francistown errichtet wurde.

Mittwoch, 12. Mai, Gaborone

Abendessen (Gespräch) mit Botschafter Dr. von Bothmer und Kollegen aus Simbabwe

Wesentliche Ergebnisse aus den Gesprächen

Menschenrechte:

Beklagt wurde eine stetige Verschärfung der Menschenrechtssituation in Simbabwe. Es kommt zu willkürlichen kurzzeitigen Verhaftungen, von denen allerdings bis auf die bekannten Fälle Parlamentarier bisher nicht betroffen sind. Die Präsenz der sogenannten „Green Bombers“ hat eine einschüchternde Wirkung auf die gesamte Öffentlichkeit. Wer sich zur Opposition offen bekennt, muss mit körperlichen Angriffen rechnen. Die Gerichte werden systematisch mit ZANU-PF-hörigen Richtern besetzt. Von einer unabhängigen Gerichtsbarkeit könne man nicht mehr sprechen, obwohl die wenigen verbliebenen unabhängigen Richter unter enormen persönlichen Risiken versuchten, ihre Funktion auszuüben. Der Hunger werde zunehmend von der Regierung als Waffe eingesetzt. Die Pressefreiheit sei vollständig suspendiert. Nur wenige Simbabweer hätten die Möglichkeit, sich über Südafrikanische

Sender, BBC und CNN zu informieren. Die Konfiskation von Farmen würde unvermindert vorangetrieben. Inzwischen seien auch Game-Farmen betroffen und solche, die in ausländischem Eigentum stünden.

Wirtschaftliche Lage:

Die Benzinversorgung habe sich derzeit verbessert. Das sei auf Lieferungen aus Mosambik zurückzuführen. Die Inflation sei seit Kurzem leicht eingedämmt worden, das Preisniveau steige weniger schnell. Die Ernte sei wegen ergiebiger Regenfälle besser ausgefallen als erwartet. Insgesamt könne aber von einer wirtschaftlichen Stabilisierung nicht die Rede sein. Ein Abbruch des World-Food-Programms zöge unweigerlich eine Hungerkatastrophe nach sich. Eine Fortführung stabilisiere allerdings das ZANU-PF-Regime immer weiter.

Politische Lage:

Wegen dauernder Beschattungen und Drangsalierungen von Politikern, besonders aber von deren Mitarbeitern, ist eine systematische Oppositionsarbeit so gut wie unmöglich. Die Einschüchterungskampagnen zeigten Wirkung. Der Glaube der Öffentlichkeit an die politische Kraft des MDC sei erschüttert. Für die Wahlen im Frühjahr 2005 sei der MDC außerstande, sich angemessen vorzubereiten. Dies scheitere sowohl an finanziellen, wie an personellen und logistischen Voraussetzungen. Eine Mobilisierung der Öffentlichkeit, wie noch 2003, sei dem MDC unter den gegenwärtigen Bedingungen kaum möglich. Der MDC habe daher unter den gegenwärtigen Vorbedingungen ernsthaft zu diskutieren ob gegebenenfalls ein Wahlboykott notwendig werden könnte. Die Gefahr eines Bürgerkrieges im Falle einer vertieften wirtschaftlichen Krise wird ausgeschlossen.

Regionaler und internationaler Kontext:

Zwar bemühten sich die Nachbarstaaten (mit Ausnahme Namibias) durch formelle Distanzierung von Mugabe in dessen internationale Isolierung nicht einbezogen zu werden; aber keiner der Anrainerstaaten sei wirklich bereit, das ZANU-PF-Regime ernsthaft in Frage zu stellen. Botswana sei als Staat zu schwach, um eine ernsthafte Konfrontation zu wagen. FRELIMO (Mosambik), MPLA (Angola), SWAPO (Namibia), ANC (Südafrika) und ZANU-PF seien historisch so sehr miteinander verbunden, dass man im Zweifel jederzeit bereit sei, sich gegenseitig im Machterhalt zu unterstützen. Die SWAPO (Nujoma) sei nur die einzige Partei, die dies auch öffentlich bekunde. In diesem Zusammenhang wurde die Position von Thabo Mbeki kritisiert. Die Befürchtung, dass ein verstärkter Druck der EU oder einzelner EU-Staaten auf Simbabwe der ZANU-PF das „Kolonialismus“-Argument in die Hand geben könne,

wird geteilt. Trotzdem wird jede Verstärkung dieses Druckes auf Mugabe befürwortet, weil ein Nachlassen von Mugabe und dessen Partei als noch viel größerer Triumph empfunden und im ganzen südlichen Afrika als Bestätigung seines Weges vermarktet würde. Allerdings sei afrikanische Kritik an Mugabe ungleich wirkungsvoller. Deshalb sei es besonders wichtig, die Anrainerstaaten in die Verantwortung für Simbabwe zu nehmen. Befürwortet wird daher ausdrücklich unser Vorschlag, darauf zu insistieren, dass die SADC-Staaten ihre eigenen Regeln durchsetzen müssten, was bedeutet, dass Sie die Durchsetzung von freien und fairen Wahlen in Simbabwe einzufordern und zu überwachen haben. Europa solle seine Zurückhaltung aufgeben und den Druck auf die Anrainerstaaten, besonders auf Südafrika, in dieser Frage verschärfen. In diesem Zusammenhang wurde ausdrücklich der Einsatz des Bundeskanzlers und des Bundespräsidenten bei deren Afrikavisiten in diesem Jahr gelobt. Auch eine Eminent Persons Group aus afrikanischen und europäischen Autoritäten, die Simbabwe bereisen und Vorschläge zur Lösung der Krise vorlegen sollten wird für ein wünschenswertes Projekt und sogar einen möglichen Lösungsansatz gehalten. Distanzierter stand man der Idee gegenüber, eine Einigungskonferenz mit Repräsentanten von MDC und ZANU-PF nach Europa (ggf. Berlin) einzuladen. Schlugen alle anderen Lösungsversuche fehl, müsse aber auch Derartiges in Betracht gezogen werden.

Donnerstag, 13. Mai, Gaborone

Gespräch mit Alice Mogwe

Frau Mogwe hat als Tochter des früheren botswanischen Außenministers im Land eine hohe Autorität. Sie beschrieb uns die Flüchtlingssituation in Botswana, kritisierte die Regierung wegen deren Abschreckungspolitik gegen mögliche Asylbewerber. Sie wies auf Beispiele von Asylverfahren hin, die Flüchtlinge aus Angola südlich des Okavango-Deltas betreffen und die jetzt bereits seit 30 Jahren ohne abgeschlossenes Verfahren mit Kindern aus der übernächsten Generation in Botswana lebten. Alle etablierten Parteien stimmten in der politischen Absicht überein, Botswana als Asylland möglichst unattraktiv zu machen. Sie bat darum, diese Asylpraxis auf internationaler Ebene zur Sprache zu bringen.

Gespräch mit simbabwischen Journalisten

Ein Journalist der Daily News erzählte uns die erschütternde Geschichte der Schließung seiner Zeitung. Er ging daraufhin nach Botswana und fand dort eine Art Kirchenasyl, das der Staat stillschweigend akzeptierte. Seine Familie lebt noch in Harare und er fürchtet um deren Sicherheit. Deshalb hat er seine journalistische Tätigkeit eingestellt.

Freitag, 14. Mai, Johannesburg

Pressegespräch am Flughafen

Angesichts der Tatsache, dass Südafrika an diesem Tag ganz im Bann der FIFA-Entscheidung über den Zuschlag für die Ausrichtung der Fußballweltmeisterschaft in Südafrika stand, war es beachtlich, dass acht Journalisten aus Südafrika zu unserer Pressekonferenz erschienen. Wir schilderten unsere Erkenntnisse über Simbabwe und äußerten unsere Erwartungen an die SADC. Allerdings war das deutliche Interesse der Journalisten an einer schärferen Kritik an Südafrikas Simbabwe-Politik zu spüren. Auch interessierte es lebhaft, ob Südafrikas Simbabwe-Politik internationale Reputation bis hin zu investiver Zurückhaltung kosten könne.

Mosambik

Freitag, 14. Mai, Maputo

Abholung durch Herrn Botschafter Dr. Klemm (Briefing zur Situation in Mosambik)

Botschafter Dr. Klemm informierte zur politischen Situation in Mosambik. Er wies insbesondere hin auf:

- eine allgegenwärtige Korruption: als aktuelles Beispiel berichtete er über die zum zweiten Mal gelungene „Flucht“ von Anibal dos Santos, der wegen des Mordes an dem Journalisten Carlos Cardoso verurteilt wurde
- Bemühungen der Regierung, auf Druck der Geber, die Korruption zu bekämpfen
- die wirtschaftliche Entwicklung
- dass in Mosambik alles Land dem Staat gehöre und unverkäuflich sei, allerdings Erbpachtverhältnisse zu eigentumsähnlichen Situationen führten
- die enge Beziehung zwischen der regierenden FRELIMO und den anderen Befreiungsbewegungen im südlichen Afrika.

Samstag, 15. Mai, Beira

Gespräch mit dem Beigeordneten Herrn Machela

Beira ist die Hauptstadt der Provinz Sofala und zweitgrößte Stadt des Landes.

Bei den Kommunalwahlen im November 2003 erreichte die RENAMO eine Mehrheit in Beira.

Herr Machela dankte für das starke Engagement Deutschlands und Europas, schilderte die kommunalen Probleme der Stadt Beira, insbesondere

- die katastrophale HIV/AIDS-Situation
- eine hohe Arbeitslosigkeit vor allem auch wegen der wirtschaftlichen Krise in Simbabwe und des damit zurückgehenden Umschlagvolumens im Hafen
- verfüge die Stadt über nahezu keine investiven Haushaltsmittel
- bezeichnete er die Zusammenarbeit der Stadtregierung (RENAMO) mit dem Gouverneur (FRELIMO) als relativ problemlos.

Gespräch mit Herrn Zacarias, Gouverneur der Provinz Sofala

Gouverneur Zacarias empfing uns gemeinsam mit seinem Landwirtschaftsdirektor Mackado Ribeiro. Auch er dankte für das starke entwicklungspolitische Engagement Deutschlands und Europas. Dieser Hilfe sei es unter anderem zu verdanken, dass seine Provinz, die im Jahr 2000 noch die ärmste des Landes war, nun die geringsten Armutsindizes aufweise. Angesprochen auf die Vorwürfe gegen den RENAMO-Chef Dhaklana, seine bewaffnete Leibgarde provoziere Auseinandersetzungen, relativierte er dies sehr stark. Es handle sich nur um eine kleine Gruppe, deren zugesagte Integration in die (im Wesentlichen von vormals bewaffneten FRELIMO-Kämpfern gestellten) bewaffneten Kräfte nicht erfolgt sei. Im Übrigen wies er hin auf:

- einen langsam wachsenden Agrarsektor
- ein den Umständen entsprechend positives Investitionsklima in der Provinz Sofala
- seine Sorge über die Situation in Simbabwe, damit einhergehend allerdings eine positive Bilanz bezüglich der aus Simbabwe geflüchteten neu angesiedelten Farmer
- sein Interesse an der föderalen Struktur und der dadurch besseren demokratischen Legitimation und größeren Selbstständigkeit für die Provinzen.
- die Probleme die durch die Barmittelkürzungen der GTZ im Landwirtschaftssektor entstehen

Samstag, 15. Mai, Chimoio

Besichtigung eines Jugendzentrums

Die Instandsetzung einer alten Stierkampfarena auf dem Gelände einer in Konkurs gegangenen Textilfirma in Chimoio ist unter Anleitung von GTZ-Mitarbeiterinnen und mit geringfügiger finanzieller Unterstützung der deutschen Botschaft ein beachtliches Beispiel von Hilfe zur Selbsthilfe geworden. Etwa einhundert Jugendliche haben aus der verfallenen Arena ein kleines Sportstadion gemacht. Handwerkliche und wirtschaftliche Fertigkeiten wurden entwickelt, Sport, Lebensfreude, HIV/AIDS-Aufklärung, Musik und Kultur sind in eine vormalige Stätte der Verödung eingezogen. Gut eingesetzte Mittel!

Sonntag, 16. Mai, Chimoio

Treffen mit Farmern, Vertretern der Provinzregierung und NRO's

Zwei mosambikanische Altfarmer und zwei aus Simbabwe neuangesiedelte Farmer berichteten über die politischen Rahmenbedingungen ihrer Arbeit. Einer der aus Mosambik Stammenden beklagte fortwährende marktverzerrende Eingriffe der Politik in das Agrargefüge. Er kritisierte zudem die Stagnation und die Korruption im Lande, die seit dreißig Jahren jeden Fortschritt und jede Stabilisierung von Konsum und Nachfrage verhindere. Ein aus Simbabwe kommender Farmer berichtete, wie innerhalb von zwei Tagen der seit fünfzig Jahren von zwei Generationen seiner Familie aufgebaute hochleistungsfähige Agrarbetrieb enteignet, die Familien vertrieben und die Produktion faktisch eingestellt wurde. Vor achtzehn Monaten hat er in Mosambik einen Neuanfang gemacht, der aufgrund seiner Kenntnisse und Erfahrungen äußerst erfolgreich war. Auf seinen Feldern stehen heute die zweite Maisernte und die zweite Tabakernte. Eine Rückkehr nach Simbabwe schließt er aus, wenn sich nicht innerhalb des nächsten Jahres die politische Situation dort grundlegend ändert.

Insgesamt wurden 60 simbabwische Farmer in Mosambik mit Farmland ausgestattet. Seitdem hat sich binnen zweier Jahre die mosambikanische Jahresproduktion an Tabak zweimal gegenüber dem Vorjahr verdoppelt. Die Maisproduktion hat ebenso erheblich zugenommen. Innerhalb von 2-3 Jahren entstehen 5000 zusätzliche Arbeitsplätze.

Besichtigung von LeMuSiCa

LeMuSiCa ist ein Frauenhaus das als Zuflucht- und Beratungsstelle für Frauen und Mädchen eingerichtet wurde. Das Projekt unterstützt außerdem AIDS-Waisen. Hier gibt es monatliche Lebensmittelzuwendungen und Kleidungszuschüsse von 10 bis 25 Dollar pro Kind. Die Differenz der Zuwendung dient dazu, in den Familien die AIDS-Waisen aufgenommen haben keine Schlechterstellung der anderen, in diesen Familien geborenen Kinder aufkommen zu lassen. Zusätzlich verfügt die Einrichtung über einen Kindergarten. Auch hier wurde mit geringer finanzieller Unterstützung der deutschen Botschaft eine sehr positive Einrichtung geschaffen.

Montag, 17. Mai, Nampula

Konferenz der Konrad-Adenauer-Stiftung

Das Projekt CEPKA der KAS in Nampula bietet den Absolventen und Studenten der kath. Universität von Nampula Möglichkeiten der politischen Weiterbildung durch Kommunikation mit Interessensgruppen der Gesellschaft und wissenschaftlichen Partnern.

Die KAS (Leitung: Herr Dr. Markgraf) hatte für den Tag unserer Visite eine Konferenz zum Thema „Lage der Menschenrechte in Mosambik“ anberaumt.

35 Teilnehmer: Rektor Felipe José Couto, Tarisco Abibo (Liga für Menschenrechte Mosambiks), Francisco Mucaneiha (Berater des Gouverneurs und dessen Sprecher), Zwei Vertreter des islamischen Konzils der Provinz Nampula, der Chef der Polizei im Gouvernement Nampula, Cuteiros, drei Richter, Journalisten und Vertreter weiterer gesellschaftlicher Gruppen.

Im Zuge der Diskussion wurden von Tarisco Abibo schwere Vorwürfe der Korruption und der Verstöße gegen elementare Menschenrechte gegen die Polizei erhoben. Die Menschen, so Abibo, glaubten in Mosambik, speziell aber in der Provinz Nampula, nicht an die Existenz von Menschenrechten. Verhaftete würden über 45 Tage festgehalten, ohne je einem Haftrichter vorgeführt worden seien, bekannt seien Fälle von bereits über 10jährigem Gewahrsam ohne Haftrichter. Polizei und Sprecher des Gouverneurs widersprechen dem. Es handle sich um Einzelfälle.

Schwerpunkt war eine Diskussion zu den Gerüchten, wonach Kinder in der Provinz Nampula zum Zweck der Organentnahme getötet worden seien. Nonnen bezichtigen Südafrika und Brasilien der Beteiligung an diesen (bisher nicht nachgewiesenen) Verbrechen. Der islamische Vertreter behauptete diese Verbrechen seien an der Tagesordnung, die Organentnahmen dienten kannibalistischen Riten. Er erhebt schwere Vorwürfe an die Strafverfolgungsbehörden.

Bisher ist die Aufklärung, wegen der großen Defizite bei Polizei und Justiz sehr gering. Aus menschenrechtlicher Sicht ein unhaltbarer Zustand.

Das Gespräch schließt Prof. Couto mit dem eindringlichen Appell ab, der mosambikanischen Gesellschaft könne die Mühe nicht erspart werden, rechtsstaatliche Strukturen zu entwickeln. Es sei außerhalb jeder Realität, zu glauben, dass man sich für dauernd in der Hilfe durch die westlichen Demokratien fest einrichten könne. Die mosambikanische Gesellschaft – und insbesondere ihre Eliten, die hier versammelt seien – müssten sich aufraffen, selbstständig aus dem Stadium der Stagnation und des gesellschaftlichen Siechtums herauszutreten. Nur dann könnten sie Unterstützung von anderen erwarten.

Dienstag, 18. Mai, Maputo

Gespräch mit Dr. Alberta da Barca, Ética Mosambik

In diesem Gespräch ging es vor allem um die Auswirkungen der Korruption auf die Entwicklung des Landes. Die Korruption, insbesondere im Beschaffungswesen, habe sehr große Ausmaße angenommen.

Dr Alberta da Barca sagte unter anderem, dass sich infolge der Tätigkeit von Ética, die Bereitschaft, Fälle von Korruption und Menschenrechtsverletzungen öffentlich anzusprechen, deutlich verbessert habe. 2001 hat Etica den ersten Korruptionsbericht erstellt. Ética hat die Quellen und die Wirkungsweise der Korruption in Mosambik methodisch effizient untersucht und versteht sich als Zuarbeiter der staatlichen Korruptionsbekämpfung. Aussage: Die Korruption ist nicht vom Staat als Machtinstrument gewollt (und daher eine Folge seines Funktionierens), sondern der Staat ist zu schwach sich ihrer zu erwehren (und sie ist eine Folge seines ungenügenden Funktionierens).

Korruption gründet sich auf mangelnde Rechtskenntnis in der Öffentlichkeit und auf mangelnde Bereitschaft zur Anzeige.

Korruption ist allgegenwärtig, bezogen auf die Justiz muss man sagen: Urteile kann man kaufen.

Die Methodik einer GTZ-Studie zur Korruption in Inhambane soll auf ganz Mosambik ausgedehnt werden, daher möchte da Barca auch eine stärkere Zusammenarbeit mit der GTZ (der Wunsch ist der GTZ bekannt).

Ebenso bat Herr da Barca um einen erneuten Besuch von Staatsanwalt Schauensteiner.

Gespräch mit Afonso Dhlakama, Präsident der RENAMO

Afonso Dhlakama ist Präsident der RENAMO und Spitzenkandidat für das Amt des Präsidenten bei den Wahlen im Herbst 2004.

Dhlakama dankt für Entwicklungshilfe, erläutert die bisherigen Erfolge seiner Partei: Die Einparteienherrschaft wurde 1992 beendet. Man hat die Akzeptanz der Menschenrechte, Rechtssicherheit, Presse- und Religionsfreiheit, Bewegungsfreiheit und Marktwirtschaft erstritten.

Allerdings seien die letzten Präsidentschaftswahlen wenig glaubwürdig gewesen. Die Polizei schüchtere RENAMO-Anhänger im Vorfeld der Wahlen ein. Verwaltung und insbesondere

Schuldirektoren seien fast durchweg FRELIMO-Genossen. Die Gerichte funktionieren nicht. Prozesse gegen FRELIMO-Mitglieder wegen Verbrechen im Vorfeld der Wahlen liegen auf Eis. Die Wirtschaft funktioniere in letzter Zeit besser. Bei Privatisierungen bedienten sich jedoch FRELIMO-Funktionäre. Wo FRELIMO-Funktionäre Handel trieben, umgingen sie den Zoll (z.B. Einfuhr von Seife).

Die kommenden Wahlen hält Dhlakama für in der Gefahr, wiederum gefälscht zu werden. Er bittet uns, erneut auf eine Wahlbeobachtung durch die EU hinzuwirken und kritisiert zugleich den Abschlußbericht der Wahlbeobachterkommission bei den letzten Präsidentschaftswahlen. Den Wahlbeobachtern sei der Zugang zum Zentralcomputer, der die Teilergebnisse aus den Provinzen aufnimmt und addiert, verwehrt gewesen, die könnten also nicht die Richtigkeit des Ergebnisses bestätigen, hätten es aber gleichwohl getan.

Die europäische Entwicklungshilfe sei zu begrüßen, allerdings verschwänden zu viele Mittel in den Taschen von FRELIMO-Funktionären.

Im Falle eines Wahlsieges verspricht er, öffentliche Ämter nicht mehr nach Parteibuch zu besetzen. Wer die objektiven Eignungskriterien erfüllt, könne bleiben. Anders als die FRELIMO, die die gesamte Verwaltung mit ihren Gefolgsleuten besetzt hatte, möchte Dhlakama ein Zeichen in Richtung unabhängige Verwaltung setzen.

In Bezug auf die Leibwächter-Frage bittet er um Verständnis. Nach einem zehnjährigen Bürgerkrieg käme die Aufforderung an ihn, auf loyale Leibwächter aus den Reihen seiner Kämpfer zu verzichten einer Aufforderung zum Selbstmord gleich. Dass die Existenz der Leibwächter im Wahlkampf gegen ihn ausgeschlachtet würde, müsse er hinnehmen.

Besuch des deutsch-mosambikanischen Kulturinstituts ICMA

Im deutsch-mosambikanischen Kulturzentrum ICMA wurde die Konstruktion der verschiedensten deutsch-mosambikanischen Freundschaftsvereine erläutert. Es gibt im Wesentlichen vier. Drei von ihnen gründen sich auf die Pflege von Verbindungen, die durch die Ausbildung von Mosambikanern in der DDR entstanden sind. Der Freundschaftsverein ALUMNI beispielsweise ist ein Zusammenschluss von einstigen Studenten in der Forsthochschule Tharandt und der TU Dresden – initiiert von Prof. Dr. Hardtke – der sich unter anderem auch einem Aufforstungsprogramm in Mosambik widmet.

Es wurde auch die Frage diskutiert, wie man das große Potenzial an deutsch sprechenden Mosambikanern besser für die bilateralen Wirtschaftsbeziehungen nutzbar machen kann.

Dienstag, 18. Mai, Machava

Besichtigung des Zivilgefängnisses und des Hochsicherheitsgefängnisses in Machava

Bei diesem Besuch wurden die Probleme des mosambikanischen Strafvollzugs überdeutlich. Die beiden Gefängnisse in Machava sind in einem primitiven und sanierungsbedürftigen Zustand. Sie wurden von der Kolonialmacht gebaut und seither nicht verändert.

Die Überbelegung ist katastrophal. Das Zivilgefängnis hat 800 Plätze ist aber mit 2800 Gefangenen belegt. (Überbelegungsfaktor 3,5). Die Gefangenen schlafen auf dem Fußboden in den Fluren, wobei man davon ausgehen muss, dass die Delegation vermutlich die noch am besten ausgestattete Baracke gesehen hat.

Das benachbarte Hochsicherheitsgefängnis ist mit dem Faktor 2,25 überbelegt.

Die strikte Trennung bei der Unterbringung von

- Leicht- und Schwerekriminellen
- Untersuchungshäftlingen und Verurteilten

ist nicht durchgesetzt

Positiv hervorzuheben ist:

- die Gefangenen können unter Aufsicht Besuch empfangen und dürfen täglich Nahrung von Außen erhalten
- der Aufenthalt im Freien (tagsüber) ist der Normalfall (angeblich keine Isolierzellen)

Im Gespräch mit den Häftlingen wurde klar, dass es wohl keine Menschenrechtsverletzungen durch das Personal gibt. Unausgesprochen blieb das Hauptproblem, die Vergewaltigungen der Insassen durch Insassen und damit zusammenhängend die Ausbreitung von AIDS.

Mittwoch, 19. Mai, Maputo

Gespräch mit Frau Maria Alica Mabote

Frau Maria Alica Mabote, die Vorsitzende der Liga für Menschenrechte klagte über schlechte Arbeitsbedingungen für Menschenrechtsverteidiger und zahlreiche Missachtungen von Menschenrechten. Sie führt Beispiele von extralegalen Hinrichtungen durch die Polizei an. Wenn die Untersuchungshaft zu lange dauere, greife man zu diesem Mittel, um Verbrecher und missliebige Personen nicht in Ermangelung pünktlicher Prozesse unverurteilt freilassen zu müssen.

Auf die Frage zur Situation der Frauen wies sie darauf hin, dass die Rechte der Frauen zwar gesetzlich verankert seien, dass es aber im Alltag erhebliche Gewalt gegen Frauen und Mädchen gäbe.

Die Zustände in den Krankenhäusern bezeichnete sie als Verstoß gegen die Menschenrechte.

Gespräch mit Herrn Joaquim Madeira, Generalstaatsanwalt

Auf die Frage zu extralegalen Hinrichtungen wies er darauf hin, dass Anzeigen existieren und ermittelt werde. Bisher gäbe es keinen Nachweis, im Übrigen sei jede Hinrichtung extralegal, da die Todesstrafe abgeschafft sei.

Er schilderte die Schwierigkeiten des Antikorruptionskampfes. Er habe das Amt von einem wegen Korruptionsverdacht des Amtes enthobenen Vorgänger übernommen und arbeite an der Sanierung der Staatsanwaltschaft.

„Man kann Korruption nicht mit Korrupten bekämpfen.“

Am Beispiel des flüchtigen Anibal dos Santos, der auf seine Ermittlungen hin nach seiner ersten Flucht in Südafrika festgenommen werden konnte, geht er davon aus, dass dieser Helfershelfer in der Administration habe. (Mittlerweile wurde Anibal dos Santos in Toronto, Kanada, verhaftet.)

Seit etwas über einem Jahr sei unter Leitung seiner Stellvertreterin eine Sondereinheit zur Korruptionsbekämpfung eingesetzt worden, die bereits erste Erfolge aufzuweisen habe. Problematisch sei, dass die Kriminalpolizei nicht ihm, sondern dem Innenministerium unterstehe. Sein Stellvertreter, der an diesem Gespräch teilnahm, ist vor einiger Zeit nur knapp einem Mordanschlag entgangen. Im Falle der Organhandelanzeigen von Nampula

werde ermittelt. Im Übrigen könne er bestätigen, dass hier der Verdacht bestehe, dass die Organe zu rituellen Zwecken entnommen worden seien.

Der Generalstaatsanwalt wies auch darauf hin, dass bei der Gewalt gegen Frauen eine hohe Dunkelziffer bestehe. An einem persönlich erlebten Vorfall schilderte er die Situation in den Krankenhäusern, hier seien katastrophale lebensgefährliche Vernachlässigungen der Sorgfaltspflichten durch das Pflegepersonal an der Tagesordnung.

Ein dauernder Kompetenzstreit zwischen Innen- und Justizministerium behindere eine effiziente Strafverfolgung. Im Falle von Wahlbetrugsvorwürfen könne er zwar ermitteln, über die Gültigkeit einer Wahl habe er aber nicht zu befinden, darüber entscheide der Verfassungsrat.

Gespräch mit dem Vorsitzenden und Mitgliedern des Rechtsausschusses des Parlaments von Mosambik

Der Rechtsausschuss des Parlamentes besteht aus 15 Mitgliedern, der Vorsitz wechselt zwischen FRELIMO und RENAMO.

Der Vorsitzende Ali Dauto (FRELIMO) stellt die schwierige Lage der Rechtspflege dar. 70% der Gefängnisinsassen sind Untersuchungsgefangene, 30% Verurteilte. Pro Provinz existiert ein Gericht, pro Gericht amtiert ein ausgebildeter Richter. Das oberste Gericht ist seine eigene Berufungsinstanz. Gewaltige Entfernungen für Kläger und Zeugen und mangelndes Vertrauen in die Strafverfolgungsbehörden lassen Selbstjustiz entstehen. Er lobt die Arbeit der Universität Nampula (Pater Couto). Mit dänischer Unterstützung ist ferner ein Zentrum für juristische Ausbildung geschaffen worden. Er appelliert an den Westen, sich stärker finanziell am Ausbau des Rechtssystems zu engagieren.

Er weist darauf hin, dass zahlreiche Gesetze noch aus der Salazar-Zeit stammen, in Portugal längst abgeschafft wurden, aber in Mosambik noch weitergelten. Ein Gesetz gegen Korruption ist soeben beschlossen worden und steht vor der Verkündung. 2002 gab es ein auch maßgeblich von Étika gestaltetes internationales Forum zur Bekämpfung von Korruption.

Die beiden Vertreter der RENAMO im Ausschuss brachten die Diskriminierung der Oppositionsanhänger im Öffentlichen Dienst und im Justizwesen zur Sprache und wiederholten außerdem im Wesentlichen die Aussagen des Oppositionsführers Dhaklamo.

Mittagessen auf Einladung von Herrn Botschafter Dr. Klemm mit Frau Nina Berg

Frau Nina Berg, norwegische Juristin und Witwe des ermordeten Journalisten Carlos Cardoso, die im Rahmen der dänischen Entwicklungszusammenarbeit für Fragen der Justizreform und Menschenrechte zuständig ist, informierte über die Justizreform aus Sicht der Geber. Sie betonte die Schwäche der Zivilgesellschaft und der prinzipiell freien Presse und bemängelte, dass sich die Justizreform zu sehr auf Gesetzestexte statt auf Verbesserungen der Ausbildung und Rechtsanwendung konzentriere. Es gebe zu wenig ausgebildete Juristen in der Provinz. Auf Distriktebene wurden häufig Lehrer oder Sekundarschulabsolventen als Richter eingesetzt. Der oberste Gerichtshof sei einzige Rechtsmittelinstanz und völlig überlastet mit der Folge, dass sich Prozesse jahrelang hinschleppen.

Besuch des Community Policing Projekts

Das von der Bundesregierung geförderte Projekt „Community Policing“ zeigte, dass es möglich ist, die Zusammenarbeit zwischen Polizei und Bevölkerung zu verbessern. In einem bislang hochgradig kriminellen Vorort von Maputo gelang es, unter Einbeziehung der Bewohner des Viertels eine unbewaffnete Ordnungstruppe aufzustellen, die in Zusammenarbeit mit der Polizei für Ruhe und Ordnung sorgt und bereits sichtbare Erfolge aufweisen kann.

Durch eine mit deutscher Hilfe eingerichtete Stelle im Innenministerium soll das Modell auf das ganze Land übertragen werden.

Donnerstag, 20. Mai, Maputo

Gespräch mit Herrn José Ibrahimo Abudo, Justizminister

Der Justizminister José Ibrahimo Abudo reagierte auf unsere Kritik, dass die Reformen im Justizbereich und bei der Bekämpfung der Korruption nur schleppend voran gingen, mit dem Hinweis auf die fehlenden finanziellen Mittel. Er kritisierte die Geber, die den Bereichen Bildung und Gesundheit erste Priorität einräumten. Er betonte das Kernproblem sei die Ausbildung. Er möchte mittelfristig eine Reform der Strafprozessordnung, eine Reform des Richterdienstrechtes und eine Vereinheitlichung des öffentlichen Disziplinarrechtes erreichen.

Gespräch mit Herrn Leonardo Simao, Außenminister

Das Gespräch mit Außenminister Simao beschränkt sich im Wesentlichen auf die Beziehungen mit Simbabwe. Er wiederholte dabei seine These, dass in Afrika die Sicherung des Friedens prioritär sei, ohne die es keine Menschenrechte gebe. Man könne die Landreform in Simbabwe kritisieren aber immerhin sei es Mugabe zu verdanken, dass er einen Rassenkrieg verhindert habe, der möglicherweise Ausstrahlungen auch auf andere Staaten der Region hätte haben können. Es sei die Aufgabe der SADC, den politischen Dialog zwischen Regierung und Opposition in Simbabwe wieder in Gang zu bringen.

Die Delegation betonte ausdrücklich die Erwartung, dass bei den Wahlen in Simbabwe die Kriterien für freie und faire Wahlen, die sich die SADC-Staaten selbst gegeben haben, überwacht und eingehalten werden.

Gespräch mit Herrn Salomao Moyana, Chefredakteur der kritischen Wochenzeitung „Zambeze“

Der Chefredakteur der kritischen Wochenzeitung „Zambeze“, Salomao Moyana, ein Schüler von Carlos Cardoso, versicherte, dass seine Zeitung in ihrer freien Berichterstattung nicht behindert werde. Das Problem sei die relativ kleine Auflage (10.000 Exemplare) und die parteiliche Steuerung des staatlichen Rundfunks und Fernsehens. Die Versorgung der Provinz mit unabhängigen Medien sei vollkommen ungenügend.

Wertungen und Empfehlungen der Reiseteilnehmer

Der nach der Reise von Mitgliedern des Ausschusses für Menschenrechte und humanitäre Hilfe formulierte und von allen vier Fraktionen beschlossene Antrag enthält die wesentlichen Erkenntnisse und Empfehlungen die sich aus der Reise zu Simbabwe ergeben.

Antrag

der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP

Internationalen Druck auf die Regierung in Simbabwe aufrechterhalten

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Zum wiederholten Mal wurde im Mai 2004 Abgeordneten des Deutschen Bundestages die anlässlich einer Reise im Auftrag des Ausschusses für Menschenrechte und humanitäre Hilfe des Deutschen Bundestages geplante Einreise nach Simbabwe von der simbabwischen Regierung verwehrt. Der Deutsche Bundestag verurteilt die damit von der simbabwischen Regierung um Präsident Robert Mugabe erneut zum Ausdruck gebrachte Weigerung, sich einer Auseinandersetzung mit den internationalen Forderungen nach der Einhaltung menschenrechtlicher Mindeststandards und einer Wiederherstellung demokratischer und rechtsstaatlicher Grundsätze in Simbabwe zu stellen.

Der Bundestag stellt weiter fest, dass die humanitäre und menschenrechtliche Situation in Simbabwe alarmierend ist und eine weitere Verschlechterung der Lage der Menschen in Simbabwe erwartet werden muss. Die systematische Aushöhlung des Rechtssystems, regelmäßige Übergriffe der Polizei, des Geheimdienstes und des Militärs sowie die Duldung und Unterstützung von politisch motivierten Gewalttaten insbesondere der Jugendmilizen gegen Angehörige der Opposition und die weitreichenden gesetzlichen und faktischen Einschränkungen der Freiheiten der Menschen, der Presse und der politischen Opposition haben die nach 1990 errungenen positiven Entwicklungen in Simbabwe weitgehend zunichte gemacht. Durch die angeschlagene wirtschaftliche und infrastrukturelle Lage, verstärkt durch die Landenteignungen im Rahmen der so genannten „Landreform“ seit dem Jahr 2000, besteht eine extrem schlechte Nahrungsmittelversorgung der Bevölkerung, die sich wieder zu einer Hungersnot ausweiten könnte. Die Absage der simbabwischen Regierung an internationale Hilfe verstärkt die Befürchtung, dass Präsident Mugabe den Hunger der Menschen als politische Waffe einsetzen wird, um damit die Parlamentswahlen im Frühjahr 2005 zu beeinflussen.

Der Deutsche Bundestag begrüßt, dass die Bundesregierung unmittelbar nach Kenntnis von der Einreiseverweigerung für Abgeordnete des Deutschen Bundestages reagiert hat. Der simbabwischen Regierung wurde dabei deutlich gemacht, dass die Bundesregierung Reisen von Bundestagsabgeordneten als unverzichtbaren Bestandteil bilateraler Beziehungen betrachtet.

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, sich verstärkt dafür einzusetzen, dass

1. gemeinsam mit den europäischen Partnern in einem intensiven Dialog mit den SADC-Staaten (*Southern African Development Community*) eine nachhaltige regionale Lösung in Simbabwe angestrebt wird;
2. gemeinsam mit den europäischen Partnern bei der simbabwischen Regierung eingefordert wird, dass die menschenrechtlichen Mindeststandards eingehalten und Wahlen durchgeführt werden, die demokratischen Grundsätzen entsprechen;
3. eine internationale Delegation Zugang zu dem Land erhält, um sich ein Bild von der menschenrechtlichen und humanitären Lage in Simbabwe machen zu können. Diese Delegation sollte von einer allseits geachteten Persönlichkeit aus dem südlichen Afrika geleitet werden;
4. die Parlamentswahlen im Frühjahr 2005 und der vorausgehende Wahlkampf den Statuten der SADC entsprechen und international überwacht werden;
5. gemeinsam mit den europäischen Partnern Nichtregierungsorganisationen und anderen nichtstaatlichen Stellen humanitäre Hilfe bei der Versorgung der simbabwischen Bevölkerung angeboten wird. Dabei ist darauf zu achten, daß diese Versorgung von der simbabwischen Regierung nicht direkt oder indirekt zur politischen Manipulation benutzt werden kann;
6. bei der simbabwischen Regierung eindringlich die Einhaltung des am 17. April 2000 in Kraft getretenen deutsch-simbabwischen Investitionsschutzabkommen eingefordert und darauf hingewiesen wird, dass ansonsten unverzüglich die vertraglich vereinbarte Schlichtungsstelle (*arbitral tribunal*) angerufen wird;
7. gemeinsam mit den europäischen Partnern alle wirklich reformwilligen Kräfte in Simbabwe, einschließlich der Kirchen, unterstützt werden.

Berlin, den 17. Juni 2004

Franz Müntefering und Fraktion
Dr. Angela Merkel, Michael Glos und Fraktion
Christa Sager, Katrin Göring-Eckardt und Fraktion
Dr. Wolfgang Gerhardt und Fraktion

Mosambik

Die Menschenrechte werden in Mosambik nicht systematisch verletzt. Durch die völlig unzureichende Situation im Polizei- und Justizbereich gibt es allerdings erhebliche Missachtung und Verletzung der Menschenrechte in der Praxis.

1. Mosambik ist auf einem insgesamt positiven Weg. Die Bürgerkriegsarmeen sind demobilisiert und erfüllen heute Polizei- und Sicherheitsaufgaben. Die Demokratisierung von Staat und Gesellschaft ist im Gang. Die Printmedien genießen Pressefreiheit. Die öffentlich-rechtlichen elektronischen Medien sind jedoch weiterhin Sprachrohre der Regierung.
2. Die Kommunalwahlen im Herbst 2003 waren nach Einschätzung aller Gesprächsteilnehmer frei und fair. FRELIMO hat allerdings noch Schwierigkeiten zwischen Partei und staatlicher Verwaltung zu unterscheiden.
3. Die Korruption ist ein großes Problem und lähmt die Entwicklung des Landes. Vor allem die Straf- und Folgenlosigkeit führt zu einem weitverbreiteten Misstrauen in der Bevölkerung.

Empfehlung:

Die Bundesregierung sollte ihre Schwerpunkte in der Entwicklungszusammenarbeit beibehalten. Wir schlagen allerdings vor zu prüfen, ob es möglich ist zusätzlich in Zusammenarbeit mit anderen Gebern stärker im Polizei- und Justizbereich zu investieren.

Konkret bitten wir außerdem darum, die von „Etica Mosambik“ gewünschte Zusammenarbeit mit der GTZ zur Bekämpfung der Korruption und zur Stärkung der Zivilgesellschaft zu prüfen und zu ermöglichen.

Brigitte Wimmer

Arnold Vaatz